Geset : Sammlung

fur bie

Königlichen Preußischen Staaten.

No. 6.

(No. 852.)

ar i f,

nach welchem

das Fahrgeld für das Uebersegen über den Ruße eigentlich Utmathestrom bei Siesz erhoben werden foll. Bom 13ten Februar 1824.

Uur jedes angespannte Zugthier incl. Wagen: Zwei Silbergroschen.

2) Fur ein Pferd und Reuter, mit oder ohne Gepact: Gin Gilbergroschen und Acht Pfennige.

3) Fur eine Person zu Fuß und was diese als Laft tragen fann: Bier Pfennige.

4) Für ein Stud Rindvieh incl. Treiber: Ein Gilbergroschen.

5) Fur ein Ralb, Schwein, Sammel, Schaaf, Lamm oder Ferkel incl. bes Treibers: Sechs Pfennige.

Bei hohem Wafferstande im Fruhjahr, langstens aber vierzehn Tage nach bem Eisgange, ift der Fahrpachter, der mehreren Dube und des schwierigen lleberfahrens wegen, befugt, das Doppelte der oben verzeichneten Cate zu erheben.

Ausnahmen.

1) Alle in Königlichen Dienstangelegenheiten reisende hobere und niedere Bivil= Offizianten und Militairpersonen, folglich auch die zur Uebung gehenden Land=

wehrmanner, find von Erlegung des Fahrgeides befreit.

2) Sind davon befreit, der Konigliche Borfpann; die Transporte der Berbrecher und Bagabonden; in herrschaftlichen Angelegenheiten verschickte Briefboten; die Fuhren zum Transport des Deputat-Brennholzes fur fammtliche Königliche Offizianten und der Materialien zu Koniglichen Bauten, fo wie ber Lebensmit= tel und Fourage für das Militair.

Wenn Eisbahn ift, wird von allen vorbenannten Cagen die Salfte in dem Falle bezahlt, wenn der Fahrmann Strafe gegoffen hat, und die Uebergehen= den auf Berlangen begleitet werden, oder die gegoffene Etraße gebrauchen.

Jahrgang 1824. (Ausgegeben zu Berlin ben 13ten April 1824.)

Findet

Findet das eine oder das andere nicht Statt, so darf auch lieberfahrtsgeld nicht erhoben werden.

4) Ertraposten bezahlen das Fährgeld nach den geordneten Satzen, auch zugleich für die Rückkehr der Ertrapost=Pferde.

5) Alle ordinairen fahrenden und reitenden Posten gehen frei.

6) Bei jedem Uebertretungsfalle gegen diese Festsetzung, verfällt der Fährpächter in eine unerläßliche Strafe von Zwanzig Thalern. Gegeben Berlin, den 13ten Februar 1824.

(L. S.) Friedrich Wilhelm. von Bulow. von Lottum.

(No. 853.) Bekanntmachung wegen Aufhebung des Fahrgeld-Tarifs fur den Gilge-Strom bei Reatischken. D. d. den 19ten Marz 1824.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der in der Gesetzsammlung vom Jahre 1822. sub No. 726. publizirte Tarif vom 29sten Mai ejusck., nach welchem das Fährgeld für das Uebersetzen über den Gilge=Strom bei Reatischken entrichtet werden soll, durch die Allerhöchste Kabinetsorder vom IIten März 1824. aufgehoben worden ist, da die Fähr=Unstalt selbst nicht eingerichtet wird. Berlin, den 19ten März 1824.

Ministerium des Handels, der Gewerbe und des Bau-Wesens.

Com ex Tearlo (No. 854.) Gesetz, wegen Anordnung der Provinzial=Stånde für das Herzogthum Schlesien, die Grafschaft Glatz und das Preußische Markgrafthum Oberlausitz. Bom 27sten Marz 1824.

> Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c.

> ertheilen in Folge des wegen Unordnung der Provinzialstände in Unserer Monarchie am 5ten Juni v. J. erlassenen allgemeinen Gesches, für den ständischen Verband des Herzogthums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Preußischen Markgrafzthums Oberlausitz nachstehende besondere Vorschriften.

1. Bestimmung ber in diefem Berbande bes griffenen Lans destheile.

S. I. Dieser Berband begreift

1) das Herzogthum Schlesien,

2) die Grafichaft Glat,

3) das Preußische Markgrafthum Oberlausit.

Die Enklaven verbleiben den Kreisen, zu denen die neue Verwaltungs = Ein= theilung sie gelegt hat.

S. 2.

S. 2. Die Stande Diefes Berbandes befiehen und zwar: II. Benennung der Provi. I. Der erfte Stand: zial = Stan= a) aus dem Fürsten von Lichtenstein, wegen des Preußischen Untheils von Troppau und Jägerndorff; b) aus dem Fürsten von Dels; c) aus dem Berzoge von Sagan; d) aus den Besitzern der freien Standesherrschaften. II. Der zweite Stand: aus der Ritterschaft. III. Der britte Stand: aus den Städten. IV. Der vierte Stand: ans den übrigen Gutsbesitzern, Erbyachtern und Bauern. S. 3. Auf dem Landtage erscheinen: die Fürsten, sobald fie die Majo: 111. Ernenrennitat erreicht haben, in der Regel in Person, mit der Befugniß, sich in erheb= nung der Mitlichen Berhinderungsfällen diech ein Mitglied aus ihrer Familie oder einen sonft gandtags. geeigneten Bevollmachtigten aus dem zweiten Stande, vertreten zu laffen. Die Standesherren stets in Person, mit der Beschränkung jedoch, ihr Stimmrecht nur burch brei aus ihrer Mifte auszuüben. Alle übrigen Stante erscheinen durch Abgestonete, welche von ihnen durch Wahl bestimmt werden. S. 4. Die Angahl der Mitglieder eines jeden der im y. 2. venannten IV. Beffimmung der In= Stande bestimmen Wir jabl der Din: I. Kur den ersten Stand: glieder des a) der Fürst von Lichtenstein; Landings. der Fürst von Dels; ber Bergog von Sagan, jeder mit einer Birilstimme; b) die Standesherren, gegenwärtig die Besiker der freien Standesherrschaften Pleß, Wartenberg, Militsch, Trachen= berg, Ober = Beuthen, Nieder = Beuthen, Gofchit, Ratibor, Musfau, gemeinschaftlich mit drei Kuriatstimmen, für den ersten Stand zusammen auf sechs Mitglieder. II. Für den zweiten Stand: zusammen auf sechs und dreißig Mitglieder. III. Für den dritten Stand: im Bergogthum Schlesien und der Grafschaft Glat auf......24 im Markgrafthum Oberlausit auf!.....4 zusammen auf acht und zwanzig Mitglieder. IV.

IV. Fur ben vierten Stand: im Herzogthum Schlessen und der Grafschaft Glat auf......12 im Markgrafthum Oberlausit auf zusammen auf vierzehn Mitalieder. Hieraus ergiebt fich die Gesammtzahl von Vier und Achtzig Mitgliedern für

diesen ganzen ständischen Berband.

Die spezielle Vertheilung der Abgeordneten wird eine besondere Berordnung festseben.

V. Bedin= aungen der Bablbarfeit.

1) Der Mit= alieder aller Stande.

- S. 5. Bei der Bablbarkeit der Mitglieder aller Stande zu Landtags = 21b= geordneten, werden folgende Bedingungen vorausgefest:
 - 1) Grundbesit in auf = und absteigender Linie ererbt, oder auf andere Beise er= worben, und zehn Jahre lang nicht unterbrochen. Im Bererbungsfalle wird die Zeit des Besites des Erblaffers und des Erben zusammengerechnet;
 - 2) die Gemeinschaft mit einer der chriftlichen Rirchen;
 - 3) die Vollendung des dreißigsten Lebensjahres;
 - 4) der unbescholtene Ruf.
- S. 6. Bon der Bedingung des zehnjährigen Besites zu dispensiren, behalten Wir Uns Allerhochst Selbst vor. In Ansehung der übrigen Bedingungen findet keine Dispensation statt.

m man mail. 41 21KE 21111= glieder der ein: und zwar

a) bes erften Standes. b) des zwei=

Des.

- D. 7. Das viecht zur Theilnahme an den Ruriatstimmen der freien Stanzelnen Stånde desherren (SS. 3. und 4.) wird durch den Besitz einer bevorrechtigten freien Stan= desherrschaft (S. 4.) und durch die adelige Geburt des Besitzers begrundet.
 - S. 8. Das Recht zu dem zweiten Stande fur die Ritterschaft als 216= ten Stan geordneter gewählt zu werden, wird durch den Besitz eines Ritterguts in der Proving, ohne Rücksicht auf die adelige Geburt des Besitzers, begründet. -Dir behalten Und jedoch vor, den Besit bedeutender Kamilien=Kideikommiß= Guter auf angemeffene Weise bierbei zu bevorrechten.

S. 9. Der Besit eines Ritterguts in einer andern Unferer Provinzen, wird auf die Dauer von zehn Jahren angerechnet.

S. 10. Wenn Geiftliche, Militair = und Zivilbeamte, die durch den mit vorstehenden Bedingungen verknupften Besit eines Ritterguts dem zweiten Stande angehören, als Abgeordnete beffelben gewählt werden, so bedürfen sie der Beurlaubung ihrer Borgesetten.

c) des britten Standes.

S. 11. Alls Abgeordnete des dritten Standes konnen nur fladtische Grund= besitzer gewählt werden, welche entweder zeitige Magistrats-Personen sind, oder ein burgerliches Gewerbe treiben.

Bei den lettern muß der Grundbesit einen nach der Verschiedenheit der Stadte abzumeffenden Werth haben, welchen die g. 4. vorbehaltene befondere Berordnung bestimmen wird.

). I2.

S. 12. Bei dem vierten Stande wird zu der Eigenschaft eines Lande d) des vierten tags = Abgeordneten der Besitz eines als Hamptgewerbe selbst bewirthschafteten, Standes, Landguts erfordert, deffen Große ebenfalls die besondere Berordnung (g. 4.) festseten wird.

S. 13. Die vorbemerkten Bedingungen der Wählbarkeit treten auch für VI. Bedindie Befugniß zur Wahl ein, mit dem Unterschiede, daß für die Wählenden Mahlrechts. oder Bahler die Bollendung des vier und zwanzigsten Lebensjahres genügt, und nicht zehnjähriger fondern nur eigenthumlicher Befüt, ohne Ruckficht auf die bei dem vierten Stande zu bestimmende Große des Grundbesites (12.), erforderlich ift.

Bei den Stadten fiehet das Wahlrecht denjenigen zu, welche den Magifirat

wählen.

S. 14. Wenn, wie in einigen Stadten ber Dberlaufit, die Bestellung der Magistrats = Mitglieder einem Dominio oder andern besonders Berechtigten Buftehet, fo wird das Wahlrecht von den mit Grundeigenthum angeseffenen Burgern ausgeubt. Die Wahl der Abgeordneten ift aber auch bei diefen Stadten immer an die Bedingungen der Wahlbarfeit gebunden, welche der S. 5. fur alle Stånde und der S. 11. fur die Stadte festjett.

S. 15. Das Wahlrecht und die Wahlbarkeit ruben, wenn über bas Bermogen beffen, bem biefe Befugniffe zusteben, der Konfurs eroffnet ift, imgleichen während eines nicht einer moralischen Verson zuständigen gesellschaftlichen

Besibes.

Bei dem zweiten Stande horen Wahlbarkeit und Wahlrecht auf, wenn

durch Zerftückelung die Eigenschaft eines Rittergutes vernichtet wird.

S. 16. In mehrern Wahlbezirken Angefessene konnen in jedem Wahlbezirfe, in welchem sie angesessen sind, wahlen und gewählt werden.

Im lettern Falle bleibt es dem Gewählten überlaffen, fur welchen Wahl=

bezirk er eintreten will.

S. 17. Ein Abgeordneter kann auch Mitglied des Landtags einer andern Proving fenn, wenn die Zeit der Berfammlung es gulaßt.

S. 18. Wer durch Wahl bestimmt ist, auf dem Landtage als Abgeordne= vin Ausübung erscheinen, kann keinen Andern für sich bevollmächtigen.

S. 19. Auch das Wahlrecht nuß in Person ausgeübt werden.

b) Vin Ausübung der Rechts der Etwalstage wahlten Allegeneren der Germannten Abstracht nuß in Person ausgeübt werden. ter zu erscheinen, kann keinen Undern für sich bevollmächtigen.

S. 19. And das Wahlrecht muß in Person ausgeübt werden.

Die Wahlen der Albgeordneten werden von dem zweiten Stande nach Wahlbezirken vollzogen.

S. 21. Jede einzelne berjenigen Stadte, welche durch die besondere Berordnung (S. 4.) Birilftimmen erhalten, wahlt ihre Athgeordneten in fich; alle übrigen Städte ohne Unterschied, ob sie Immediat = oder Mediatstädte find, wählen in sich Wähler; Diese treten nach Bezirken zusammen und wählen die Abgeordneten. Die Zahl der Wähler wird die bemerkte Berordnung nach der Große der Stadte bestimmen. S. 22.

Bon den Bahlern. Bei Bollites hung des Bahlakts. Bom zweis ten Stande.

2) Bom drit:

3) Wom vier=

S. 22. Bon ben Dorfgemeinden wahlt in Schlesien eine jede nach ihrer ten Stande. für andere Dorfangelegenheiten bergebrachten Beife, in der Ober = Laufit bagegen Die angeseffenen Wirthe, einen Babler; Die Babler versammeln fich mit den Besigern der einzeln liegenden, feiner bestimmten Dorfgemeinde angehörigen Guter bes vierten Standes, welche aber bas Maaß ber Wahlfabigkeit haben muffen (12.), bezirksweise zur Wahl des Bezirkwählers; die Bezirksmahler treten bann zusammen und mablen den Landtage Albgeordneten.

S. 23. Die Zusammenlegung der Wahlbezirke und die Bestimmung der Wahlorte für den zweiten Stand (20.), für die follektiv mahlenden Stadte (21.) und fur den vierten Stand (22.), wird die besondere Berordnung (S. 4.) festfeten.

4) In Unfe:

S. 24. Die Bablen der Abgeordneten geschehen auf sechs Jahre berbung ver vrei gestalt, daß alle drei Jahre die Halfte der Abgeordneten eines jeden Standes aus= scheidet, und alle drei Jahre zu neuen Wahlen geschritten wird.

S. 25. Die für das erffemal Ausscheidenden werden nach drei Jahren

burch das Loos bestimmt; alle Ausscheidenden sind wieder wahlbar.

Für jeden Abgeordneten wird gleichzeitig ein Stellvertreter ge-S. 26. wählt.

S. 27. Wenn bei den Wahlen zu Wahlern, Bezirksmahlern und Abge= ordneten gleiche Stimmen entstehen; fo giebt die Stimme bes Meltesten unter den

Mählern den Ausschlag.

S. 28. Alle Wahlen siehen unter ber Aufficht bes Landraths, in deffen Kreise sie vorgenommen werden. Die Mablen der Bezirkswähler und ber Land= tagsabgeordneten leitet er unmittelbar, oder durch einen von ihm zu ernennenden Stellvertreter; die Wahlen in den einzelnen Stadten und Dorfgemeinden aber werden zunächft von der Ortsobrigfeit geleitet.

S. 29. Die geschehene Bahl der Babler ift dem Landrath, die Wahl ber Bezirfsmahler und Abgeordneten aber dem Landtagskommiffarius, mit Gin= fendung ber Wahlprotofolle, anzuzeigen. Letterer bat zu prufen, ob solche in der Form und nach den Eigenschaften der Abgeordneten, der Borschrift gemäß, geschehen sind. Rur wenn er in dieser Beziehung Mangel findet, ift er berechtigt,

eine andere Wahl zu erfordern.

5) Ernennung overtreters.

tags.

S. 30. Den Borfigenden auf dem Landtage, welchem Wir den Rarafter des Candrags- als Landrags-Marschall beilegen, so wie dessen Stellvertreter, wollen Wir für die Marschalls u. beffen Stell Dauer eines jeden Landtags aus den Mitgliedern der beiden ersten Stande Celbst ernennen.

S. 31. Für die erften feche Jahre werden Wir die Stande zum Provinzial= VIII. Beru= fung u. Dauer Landtage alle zwei Jahre berufen, nach Ablauf dieses Zeitraums aber ferner bier= des Provin= über bestimmen. zial = Land=

S. 32. Die Dauer des Landtags wird jedesmal nach ben Umflanden von

Uns festgefett werden.

S. 33. Die Ladung der Mitglieder zu dem fur die Groffnung des Landtags bestimmten Tage, geschiehet zu gehöriger Zeit durch Unsern Kommiffarius.

S. 34. Die Abgeordneten muffen sich spatestens an dem Tage vor der Eroffnung des Landtags einfinden, und sich sowohl bei dem Kommissarius, als dem Landtags = Marschall, melden.

S. 35. Der Provinzial = Landtag wird nach gehaltenem Gottesbienste von A. Erbfinung

Unferm Kommiffarius eroffnet.

S. 36. Derfelbe ift die Mittelsperson aller Berhandlungen; an ihn allein Kommisarius haben sich daher die Stande wegen jeder Auskunft, oder wegen der Materialien, und sonftige beren sie fur ihre Geschäfte bedurfen, zu wenden. Er theilt den Standen, in fimmungen Gemäßbeit Unserer Instruktion, die Propositionen mit, und empfangt die von des lettern. ibnen abzugebenden Erklarungen und Gutachten, fo wie ihre fonftige Vorstellungen, Bitten und Beschwerden.

S. 37. Den Berathungen wohnt er nicht bei; er kann aber den Eintritt zu mundlichen Eröffnungen verlangen, ober eine Deputation zu sich entbieten, fo wie die Stande Deputationen an ihn absenden konnen.

S. 38. Er schließt den Landtag, reicht Uns die Verhandlungen deffelben

ein, und publizirt den bierauf zu ertheilenden Landtagsabschied ben Standen.

S. 39. Bei Eröffnung des Landtags sowohl, als zu Fassung aultiger B. Geschäfts-Beschluffe, muffen wenigstens drei Viertheile der Gefammtheit der Abgeordneten gang. auf demfelben gegenwärtig fenn.

S. 40. In der Bersammlung nehmen die Mitglieder der Stande ihren

Sitz nach der S. 2. bestimmten Reibefolge.

- S. 41. Sobald die Propositionen mitgetheilt sind, ernennt der Landtags= Marschall in der Menarversammlung, mit Berücksichtigung des Stimmenverhalt= nisses nach Verschiedenheit der Gegenstände, besondere Ausschusse, welche die an ben Landtag gelangenden Ungelegenheiten zur Berathung und Befchlugnahme gehörig vorzubereiten haben. Das Direktorium dieser Alusschuffe führt dasjenige Mitglied auß dem ersten oder zweiten Stande, welches der Landtags-Marfchall bazu bestimmt.
- S. 42. Den Geschäftsgang auf dem Landtage leitet überhaupt der Land= tage=Marschall. Von feiner Unordnung bangt auch zunächst alles ab, was auf Rube und Ordnung in den Verfammlungen Beziehung hat. Besonders hat er darauf zu feben, baf bie Berathungen und Airbeiten der Stande moglichfi befchleunigt werben.
- S. 43. Ohne gultige Urfachen und Vorwissen des Landtags = Marschalls darf kein Mitglied aus der Versammlung wegbleiben; Verhinderung der fernern Theilnahme an dem Landtage durch Arankheit ober andere bringende Ursachen fordert die Anzeige des Landtags = Marschalls bei dem Landtags = Kommiffarius, welcher sobann in Unsehung der Fünsten die erforderliche Bevollmächtigung veranlaßt, bei dem 2ten, 3ten und 4ten Stande aber den Stellvertreter fofort einberuft.

deffelben burch

S. 44. Wenn ein Mitglied über einen besondern Gegenstand einen Antrag an die Versammlung richten will, so hat dasselbe solches vor der Verssammlung schriftlich mit der Bemerkung des Gegenstandes dem Landtags=Marschall anzuzeigen. Letzterer ruft dann das Mitglied zur Haltung des Vorstrags auf. Der Inhalt desselben muß schriftlich zu Prosokoll gegeben werden.

S- 45. Die Abfassung der ståndischen Schriften trägt der Landrags= Marschall den hierzu geeigneten Mitgliedern des Landtags auf. Jede solche Schrift wird in der Versammlung verlesen, und nach der Vereinigung über die Fassung, die Reinschrift von dem Landtags=Marschall und den Stånden vollzogen.

S. 46. Alle Schriften, welche nicht einen Untrag an den Kommissariuß enthalten, sind an Uns zu richten und demselben durch eine ständische Deputation

zu übergeben.

S. 47. Die Mitglieder aller Stande diefes Berbandes bilden eine unge=

getheilte Einheit; sie verhandeln die Gegenstände gemeinschaftlich.

Bu einem gultigen Beschlusse über solche Gegenstände, welche von Uns zur Berathung an sie gewiesen, oder ihrem Beschlusse mit Vorbehalt Unserer Sanktion überlassen, oder sonst zu Unserer Kenntniß zu bringen sind, wird eine Stimmenmehrheit von zwei Drittheilen erfordert; ist diese bei einer Sache, worüber von den Ständen das Gutachten erfordert worden, nicht vorhanden, so wird solches mit Angabe der Verschiedenheit der Meinungen ausbrücklich bemerkt.

Alle andere ständische Beschlusse können durch die einfache Mehrheit ihre

Bestimmung erhalten.

S. 48. Bei Gegenständen, bei denen das Interesse der Stände gegen einander geschieden ist, sindet Sonderung in Theile statt, sobald zwei Drittheile der Stimmen eines Standes, welcher sich durch einen Beschluß der Mehrheit verletzt glaubt, darauf dringen. In einem solchen Falle verhandelt die Verssammlung nicht mehr in der Gesammtheit, sondern nach den S. 2. bestimmten Ständen.

Die auf diese Weise hervorgehende Verschiedenheit der Gutachten der ein=

zelnen Stande wird bann zu Unferer Entscheidung vorgelegt.

S. 49. Wenn Gegenstände, welche das provinzielle Interesse eines der einzelnen in diesem ständischen Verbande begriffenen im S. I. benannten Landes= theile betreffen, in der Gesammtberathung verhandelt werden, und die Stim= menmehrheit sich gegen dasselbe erklärt hat; so sind die Abgeordneten eines solchen Landestheils berechtigt, ihre abweichende Meinung mit Verusung auf Unsere Entscheidung zu den Landtags=Verhandlungen zu geben, worauf sie dann jeder= zeit besondern Vescheid erhalten werden.

S. 50. Bitten und Beschwerden der Stände können nur aus dem besondern Interesse der Provinzen und ihrer einzelnen Theile hervorgehen. Individuelle Bitten und Beschwerden hat der Landtag gleich an die betreffenden Beschwerden

horden,

horden, oder an Uns unmittelbar zu verweisen; wenn aber Mitglieder des Land= tags von Bedrückungen einzelner Individuen bestimmte Ueberzeugung erhalten, fo konnen sie bei dem Landtage, mit gehörig konstatirter Unzeige, darauf antragen. daß berselbe sich für die Abstellung bei Uns verwende.

S. 51. Alle bei dem Landtage eingehenden, so wie die von demselben ausgehenden Antrage, muffen schriftlich eingegeben werden. Sind die lettern einmal zurückgewiesen, so durfen sie nur alsdann, wenn wirklich neue Veranlaffungen, oder neue Grunde eintreten, und immer nur erft bei kunftiger Berufung des Landtags, erneuert werden.

S. 52. Die Stande stehen, als berathende Berfammlung, eben fo wenig der Provingial mit ben Stånden anderer Provingen, als mit den Rommunen und Rreisflanden ibrer Ctande.

Proving in Verbindung; es finden daher keine Mittheilungen unter ihnen statt.

6. 53. Die einzelnen Stande konnen ihren Abgeordneten keine bindenden b) 3u den Ab-Instruktionen ertheilen; es steht ihnen aber frei, sie zu beauftragen, Bitten und Beschwerden anzubringen.

S. 54. Sobald der Kommissarius den Landtag geschlossen bat, ift das standische Umt des Landtags = Marschalls beendigt; die landstandischen Berathun= tags. gen boren auf und die Stande geben auseinander, auch bleibt fein fortbefteben= der Ausschuß zurück.

D. Schlie= Bung des Land:

C. Berhältniffe

a) Bu den Kom=

munen und

geordneten.

Für solche Gegenstände der laufenden ständischen Verwaltung aber, welche Wir den Standen kunftig übertragen werden, konnen fie die geeigneten Perfonen wählen und bestellen, in sofern die Weschäfte solches fordern.

S. 55. Das Resultat der Landtagsverhandlungen wird durch den Druck bekannt aemacht.

S. 56. Zum Versammlungsorte des Landtags bestimmen Wir Unsere E. Versamm= lungsort. Stadt Breslau.

S. 57. Die Landtags = Abgeordneten follen angemeffene Reisekosten und Tagegelder erhalten.

F. Reifefo= ffen und Tage= gelder.

Das Weitere hierüber, so wie wegen der allgemeinen durch den Landtag veranlagten Rosten, wird die besondere Berordnung (S. 4.) festseten.

S. 58. Die in den einzelnen Landestheilen Diefes fandischen Berbandes IX. Kommus bestehenden Kommunalverhaltnisse geben auf die Gesammtheit desselben nicht über, nal-Landtage. wenn solches nicht durch gemeinschaftliche liebereinkunft beschlossen wird.

Bis dahin dauern daber die bisberigen Kommunalverfaffungen diefer ein= zelnen Landestheile in ihrer observanzmäßigen Einrichtung fort, und Wir gestatten, daß fur diese Angelegenheiten, auf vorgängige Anzeige bei Unferm Landtags= Rommiffarius und deffen Bewilligung, jabrlich besondere Rommunal = Landtage, jedoch mit verhaltnißmäßiger Zuziehung von Abgeordneten aller Stande, welchen das gegenwärtige Geseth die Landstandschaft beilegt, gehalten werden.

Die Beschlusse über Veränderungen in den Kommunal = Einrichtungen und neue Rommunalauflagen bedürfen Unferer Sanktion.

Jabraana 1824.

Bur Kefffehung ber beshalb nothigen nabern Beftimmungen und Ordnungen. erwarten Wir die Vorschläge des nachsten Landtags.

X. Rreisftan = lungen.

S. 59. Bas die freisftandischen Berfammlungen betrifft, fo follen folde. dische Bersam- wo sie bis jest noch statt finden, bis auf weitere Anordnung ferner bestehen, und ba, mo sie fruber bestanden haben, wieder eingeführt werden.

> Bon dem ersten Landtage, zu welchem biefer flandische Berband berufen werden wird, erwarten Wir die Borschlage, wie die freisftanbischen Berfamm= lungen mit den Modifikationen, welche der Butritt aller Stande erfordert, einzurichten sehn werden.

> Urkundlich unter Unferer Hochsteigenhandigen Unterschrift und Beidruckung Unfers großen Königlichen Infiegels. Gegeben Berlin, den 27sten Mar; 1824.

> > (L. S.) Friedrich Wilhelm.

von Schuckmann.

Can 27 Jul 20. (No. 855.) Gefet, wegen Unordnung ber Provinzial = Stande in der Proving Sathfen Bom 27ften Marg 1824.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c.

ertheilen, in Kolae des wegen Amordnung der Provinzialstände in Unserer Monarchie am 5ten Juni v. J. erlaffenen allgemeinen Gefetes, fur ben ftanbifden Berband in der Proving Cachfen, nachstebende besondere Vorschriften.

I. Bestimmuna Verbande bedestheile.

S. 1. Diefer Verband umfaßt, mit alleiniger Ausnahme ber in flandider in diesem scher Beziehung zur Mark Brandenburg gewiesenen Alltmark, alle diejenigen griffenengan, Landestheile, welche nach der Berordnung vom 30sten April 1815. die Provinz Sachsen bilden.

II. Benennung ber Provin= zialftande.

6. 2. Die Stande dieses Berbandes bestehen und gwar :

I. Der erste Stand:

- aus dem Dom = Rapitel zu Merseburg; 1)
- 2) aus dem Dom = Ravitel zu Naumburg;
- aus dem Grafen zu Stolberg = Wernigerobe; 3)
- 4) aus dem Grafen zu Stolberg = Stolberg ;
- aus dem Grafen zu Stolberg = Roßla; 5)
- aus dem Besiger bes Umts = Walternienburg.

II. Der zweite Stand:

aus der Mitterschaft.

III. Der dritte Stand:

aus den Städten.

Der vierte Stand:

aus den übrigen Gutsbesitzern, Erbpachtern und Bauern.

S. 3. Auf dem Landtage erscheinen die beiden Dom = Rapitel zu Merfe= III. Ernenburg und Raumburg jedes durch einen aus feiner Mitte zu ernennenden Bevoll= nung der Mit. machtigten und die Grafen zu Stolberg = Wernigerobe, Stolberg = Stolberg, und glieder des gandtags. Stolberg = Rogla, fobald fie die Majorennitat erreicht haben, in der Regel in Perfon, mit der Befugniß, fich in erheblichen Berhinderungsfällen burch ein Mitglied aus ihrer Familie oder einem fonft geeigneten Bevollmachtigten aus dem meiten Stande vertreten zu laffen.

Wegen des Umts Walternienburg, welches von dem herzoglichen Hause Unhalt = Deffau befeffen wird, findet aber unbedingt die Bertretung durch einen Be-

vollmächtigten aus dem zweiten Stande fatt.

Alle übrigen Stande erscheinen durch Abgeordnete, welche von ihnen durch Mahl bestimmt werden.

S. 4. Die Anzahl der Mitglieder eines jeden der im S. 2. benannten IV. Bestim-Stande bestimmen Wir:

I. für den ersten Stand......auf 6 wie folche S. 2. bereits namentlich aufgeführt sind.

II. für den zweiten Stand......auf 29 III. für den dritten Stand......auf 24

IV. für den vierten Stand auf 13

Hieraus ergiebt fich die Gefammtzahl von 72 Mitgliedern fur biefen gan= zem ständischen Berband.

Die speziellere Bertheilung der Abgeordneten des 2ten, 3ten und 4ten Standes, so wie die Bildung der hierzu erforderlichen Wahlbezirke, wird eine besondere Berordnung festsein.

6. 5. Bei der Wablharkeit der Abgeordneten aller Stande zum Provin= V. Bedingunzial = Landtage werden folgende Bedingungen vorausgefett :

1) Grundbefit, in auf = und absteigender Linie ererbt, oder auf andere Beife 1) ber Abge-

erworben, und zehn Jahre lang nicht unterbrechen. Im Bererbungsfalle wird die Zeit des Besites des Erblaffers und des Erben gusammengerechnet;

2) die Gemeinschaft mit einer der christlichen Kirchen;

3) die Bollendung des breißigsten Lebensjahres;

4) ber unbescholtene Ruf.

5. 6. Bon ber Bedingung des zehnjabrigen Befites zu bispenfiren, behalten Wir Uns Allerhöchst Gelbsi vor. In Ansehung der übrigen Bedingungen findet keine Dispenfation fatt.

S. 7. Das Recht zu bem zweiten Stande als Abgeordneter gewählt zu werden, wird durch den Besit eines Ritterguts in der Proving, ohne Rucksicht auf die adelige Geburt tes Besisers, begründet. Wir behalten Uns jedoch vor, ben Besit bedeutender Familien = Fideikommiß = Guter auf angemeffene Weise hierbei a) bes zweiten In bevorrechten. of N.3 A. Ro. 4. 22 Juni 1839 90. nag 227.

mung ber Un= jahl ber Mitglieder des Landtags.

Cf. Nº3 New 20. 11. 22 July 1839 gr. nag 227.

gen der Bahl= barfeit.

ordneten al= ler Stande.

2) der Abge= ordneten der einzelnen Stande und mar: Standes.

S. 8. Der Besitz eines Ritterguts in einer andern Unserer Provinzen wird auf die bestimmte Dauer von zehn Jahren angerechnet.

S. 9. Wenn Geistliche, Militair = und Zivilbeamte, die durch den mit vorstehenden Bedingungen verknüpften Besitz eines Ritterguts dem zweiten Stande angehören, als Abgeordnete desselben gewählt werden, so bedürfen sie der Beur-laubung ihrer Vorgesetzen.

b) des britten Standes.

S. 10. Als Abgeordnete des dritten Standes können nur städtische Grund= besitzer gewählt werden, welche entweder zeitige Magistratspersonen sind, oder ein bürgerliches Gewerbe treiben.

Bei den letztern muß der Grundbesitz mit dem Gewerbe zusammen einen nach der Verschiedenheit der Städte abzumessenden Werth haben, welchen die S. 4. vorbehaltene besondere Verordnung bestimmen wird.

c) des vierten Standes.

S. 11. Bei dem vierten Stande wird zu der Eigenschaft eines Landtags= Abgeordneten der Besitz eines als Hauptgewerbe selbst bewirthschafteten Landguts erfordert, dessen Größe ebenfalls die besondere Verordnung (S. 4.) festsetzen wird.

VI. Bebin= gungen des Wahlrechts.

S. 12. Die vorbemerkten Bedingungen der Wählbarkeit treten auch für die Befugniß zur Wahl ein, mit dem Unterschiede, daß für die Wählenden oder Wahlmänner, die Vollendung des vier und zwanzigsten Lebensjahres genügt, und nicht zehnjähriger, sondern nur eigenthümlicher Besitz, ohne Rücksicht auf die bei dem vierten Stande nach S. II. zu bestimmende Größe des Grundbessitzes, erforderlich ist.

Bei den Städten steht das Wahlrecht denjenigen zu, die den Magistrat wählen.

- S. 13. In denjenigen Städten, wo die Bestellung der Magistratsmitzglieder Unsern Regierungen oder einem Dominio zusteht, wird das Wahlrecht von den mit Grundeigenthum angesessenen Bürgern ausgeübt. Die Wahl des Landtagsabgeordneten ist aber auch bei diesen Städten immer an die Bedingungen der Wählbarkeit gebunden, welche der S. 5. für alle drei Stände und der S. 10. für die Städte fesisetzt.
- J. 14. Das Wahlrecht und die Wahlbarkeit ruhen, wenn über das Vermögen dessen, dem diese Befugnisse zustehen, der Konkurs eröffnet ist, imgleichen während eines nicht einer moralischen Person zuständigen gesellschaft=
 lichen Besitzes.

Bei dem zweiten Stande horen Wahlbarkeit und Wahlrecht auf, wenn durch Zerstückelung die Eigenschaft eines Ritterguts vernichtet wird.

S. 15. In mehrern Wahlbezirken Angesessene können in jedem derselben, in welchem sie ansässig sind, wählen und gewählt werden. In letzterm Falle bleibt es dem Gewählten überlassen, für welchen Bezirk er eintreten will.

S. 16. Ein Abgeordneter kann auch Mitglied des Landtags einer andern Provinz senn, wenn die Zeit der Versammlung es zuläßt.

H. 17. Wer durch Wahl bestimmt ist, als Abgeordneter auf dem Land- des Rechts der generalen, kann keinen Andern für sich bevollmächtigen.

Onder des Machtenstet wurd in Abstan ausgesicht warden. tage zu erscheinen, kann keinen Alndern für sich bevollmächtigen.

S. 18. Auch das Wahlrecht muß in Person ausgeübt werden.

S. 19. Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage werden von dem zweiten Stande nach den, durch die Berordnung (S. 4.) zu bestimmenden Bezirken bergestalt vollzogen, daß alle in einem Bezirke begriffene altere Landes= theile gegenseitig an der Wahl der Abgeordneten Theil nehmen.

S. 20. Jede einzelne derjenigen Stadte, welche durch die besondere Berordnung (S. 4.) Birilftimmen erhalten, wählt ihre Albgeordneten zum Landtage in sich; alle übrigen Städte ohne Unterschied, ob sie Jimmediat = oder Mediat= Städte find, mablen in fich Bahler. Diese treten follektin in Bahlversammlungen nach Bezirken zusammen, und wählen die Landfagsabgeordneten.

Die Zahl ber Babler wird die bemerkte Berordnung nach der Große ber Städte bestimmen.

Bon den Dorfgemeinden wählt eine jede nach ihrer für andere 3) Bom vier-Dorfangelegenbeiten hergebrachten Beise einen Babler; Die Babler versammeln fich mit den Besitzern der einzeln liegenden, zu keiner bestimmten Dorfgemeinde gehörenden Guter des vierten Standes, welche aber das Maaf der Bablfabigfeit (S. 11.) haben muffen, bezirfsmeise zur Bahl des Bezirfsmahlers; die Bezirfs-Wähler freten dam zusammen, und wählen den Landtagsabgeordneten.

S. 22. Die Zusammenlegung der Bezirke, sowohl fur die kollektiowählenden Stadte, als fur den vierten Stand, wird die besondere Berordnung (S. 4.) festseten.

S. 23. Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage geschehen auf Sechs Jahre, dergestalt, daß alle brei Jahre die Halfte der Albgeordneten eines jeden Standes ausscheidet, und alle drei Jahre zu neuen Wahlen geschritten wird.

S. 24. Die für das erstemal Husscheidenden werden nach brei Jahren

durch das Lovs bestimmt. Alle Ausscheidenden sind wieder wählbar.

S. 25. Für jeden Abgeordneten wird gleichzeitig ein Steilvertreter gewählt.

S. 26. Benn bei den Bahlen zu Bablern, Bezirksmablern und Land= tagsabgeordneten gleiche Stimmen entstehen, fo giebt die Stimme des Aeltesten der Wählenden den Ausschlag.

S. 27. Alle Wahlen stehen unter der Aufsicht des Landraths, in deffen Kreise ste vorgenommen werden. Die Wahlen der Bezirksmabler und der Landtagsabgeordneren leitet er unmittelbar, ober durch einen von ihm zu ernennenden Stellvertreter; die Wahlen in den einzelnen Städten und Dorfgemeinden aber werden zunächst von der Ortsobrigkeit geleitet.

In den Grafschaften Wernigerode, Stolberg und Rogla wird bas Wahl-

geschäft von den dortigen Beborden beforgt.

S. 28. Die geschehene Wahl der Wähler ift dem Landrath, die Wahl der Bezirksmahler und Landtagsabgeordneten aber dem Landtagskommiffarius, mit Einsendung ber Wahlprotokolle, anzuzeigen. Letterer bat zu prufen, ob solche in der Form, und nach den Gigenschaften der Abgeordneten, der Borschrift gemäß, geschehen sind. Rur wenn derselbe in dieser Beziehung Mangel findet, ift er berechtigt, eine andere Wahl zu verlangen.

S. 29. Den Vorsitzenden auf dem Landtage, welchem Wir den Karakter 5) Ernennung als Landtags-Marschall beilegen, so wie dessen Stellvertreter, wollen Wir für die Narichalls und bestell erellvertreter. Dauer treters.

geordneten.

b) Bon ben Wählern. Bei Bollzies hung des Wahlakts.

1) Bom zwei= ten Stande.

2) Wom britten Stande.

ten Stande.

4) In Unfe= hung bes 2. 3. und 4ten. Standes.

Dauer eines jeden Landtags aus ben Mitgliedern des erften ober zweiten Standes Gelbst ernennen.

VIII. Beru= des Provin= zial=Landtags.

S. 30. Für die erften feche Jahre werden Wir die Stande zum Provinzial= fung u. Dauer Landtage alle groei Jahre berufen, nach Ablauf dieses Zeitraums aber ferner hier= über bestimmen.

6. 31. Die Dauer bes Landtags wird jedesmal nach den Umständen von

Uns festgesett werden.

6. 32. Die Ladung ber Mitglieder zu bem fur die Eröffnung bes Landtags bestimmten Tage geschieht zu gehöriger Zeit burch Unsern Kommissarius.

6. 33. Die Abgeordneten muffen fich fvateftens an bem Tage vor ber Eröffnung des Landtags einfinden, und sich sowohl bei dem Kommissarius, als bein Landtags-Marschall, melben.

A. Eroffnung beffelben durch Unferm Rommiffarins eröffnet. den Landtags= Rommiffarius und fonftige fimmungen Des letteren.

B. Gefchafts=

gang.

S. 34. Der Provinzial=Landtag wird nach gehaltenem Gottesbienfte von

6. 35. Derfelbe ift die Mittelsperson aller Berhandlungen; an ihn allein haben fich baber die Stande wegen jeder Auskunft, ober megen der Materialien, amtliche Be- beren fie fur ihre Geschafte bedurfen, zu wenden. Er theilt den Standen, in Gemaßheit Unferer Instruktion, die Propositionen mit, und empfangt die von ihnen abzugebenden Erklarungen und Butachten, fo wie ihre fonftigen Borftellungen, Bitten und Beschwerden.

S. 36. Den Berathungen wohnt er nicht bei; er kann aber ben Gintritt gu mundlichen Gröffnungen verlangen, ober eine Deputation zu fich entbieten, so wie

bie Stande Deputationen an ihn absenden fonnen.

6. 37. Er schließt ben Landtag, reicht Uns die Berhandlungen beffelben

ein, und publigirt den hierauf zu ertheilenden Landtagsabschied ben Standen.

6. 38. Bei Eröffnung des Landtags fomobl, als zu Kaffung gultiger Beschluffe, muffen wenigstens brei Biertheile ber Gefammtheit ber Abgeordneten auf bemfelben gegenwärtig fenn.

S. 130. In der Versammlung nehmen die Mitglieder der vier Stande ihren

Sit nach ber C. 2. bestimmten Reihefolge.

S. 40. Cobald die Propositionen mitgetheilt find, ernennt der Landtags= Marfchall in ber Pienar-Berfammlung, mit Berucksichtigung des Stimmenverhaltniffes, nach Berichiedenheit ber Gegenstande, besondere Ausschuffe, welche die an den Landtag gelangenden Ungelegenheiten zur Berathung und Beschlufinahme ge= borig vorzubereiten haben. Das Direktorium Diefer Musschuffe führt bassenige Mitglied aus bem erften oder zweiten Stande, welches der Landtags = Marichall dazu bestimmt.

S. 41. Den Geschäftsgang auf bem landtage leitet überhaupt ber landtags= Marschall. Bon seiner Unordnung hangt auch zunächst alles ab, was auf Ruhe und Ordnung in den Versammlungen Beziehung bat. Besonders hat er darauf zu feben, daß die Berathungen und Arbeiten ber Stande möglichst beschleunigt werden.

S. 42. Obne gultige Ursachen und Vorreiffen des Landtags-Marschalls darf fein Mitglied aus der Bersammlung wentleiben; Berbinderung ber ferneren Theilnahme an dem Landtage burch Krantheit ober andere dringende Urfachen fordert die Anzeige des Landtags = Marschalls bei dem Landtags = Kommissarius, melcher alsbann beim Iften Stande die erforderliche Bevollmächtigung veranlaßt, bei bem zien, gien und 4ten Stande aber ben Stellverfreter fofort einberuft.

1. 43.

S. 43. Wenn ein Mitglied über einen besondern Gegenstand einen Untrag an die Versammlung richten will, so hat dasselbe solches vor der Versammlung schriftlich mit Bemerkung des Gegenstandes dem Landtags-Marschall anzuzeigen. Letzterer ruft dann den Abgevrdneten zur Haltung des Vortrags auf. Der Inhalt desselben muß schriftlich zum Protokoll gegeben werden.

J. 44. Die Abkassung der ständischen Schriften trägt der Landtags. Marsschall den hierzu geeigneten Mitgliedern des Landtags auf. Jede solche Schrift wird in der Versammlung verlesen, und, nach der Vereinigung über die Fassung,

die Reinschrift von dem Landtage - Marschall und den Standen vollzogen.

§. 45. Alle Schriften, welche nicht einen Untrag an den Kommissarius enthalten, sind an Uns zu richten, und demselben durch eine ständische Deputation zu übergeben.

J. 46. Die Mitglieder aller Stånde dieses Provinzial-Verbandes bilden eine ungetheilte Einheit; sie verhandeln die Gegenstände gemeinschaftlich. Zu einem gültigen Beschlusse über solche Gegenstände, welche von Uns zur Berathung an sie gewiesen, oder ihrem Beschlusse mit Vorbehalt Unserer Sanktion überlassen, oder sonst zu Unserer Kenntniß zu bringen sind, wird eine Stimmenmehrheit von zwei Orittheilen erfordert; ist diese bei einer Sache, worüber von den Ständen das Gutachten erfordert worden, nicht vorhanden, so wird solches mit Angabe der Verschiedenheit der Meinungen ausdrücklich bemerkt.

Ille andere ständische Beschlusse können durch die einfache Mehrheit ihre

Bestimmung erhalten.

J. 47. Bei Gegenständen, bei benen das Interesse der Stände gegen einander geschieden ist, findet Conderung in Them Katt, sobald zwei Drittheile der Stimmen eines Standes, welcher sich durch einen Beschluß der Mehrheit verletzt glaubt, darauf dringen.

In einem solchen Falle verhandelt die Bersammlung nicht m. fir in der Ge-sammtheit, sondern nach den S. 2. bestimmten Ständen. Die auf diese Weise her-vorgehende Verschiedenheit der Gutachten der einzelnen Stände wird dann zu Un-

serer Entscheidung vorgelegt.

Gegen Beschluffe, welche die besonderen Rechte der einzelnen zum ersten Stande gehörigen Mitglieder berühren, bleibt ihnen der Refurs an Uns vorbehalten.

- S. 48. Wenn Gegenstände, welche das provinzielle Interesse einzelnen, in diesem ständischen Verbande begriffenen Landestheils betreffen, in der Gesammt-Verathung verhandelt werden, und die Stimmenmehrheit sich gegen dasselbe erklärt hat, so sind die Abgeordneten des Wahlbezirks, zu welchem dieser Landestheil gehört, berechtigt, ihre abweichende Meinung mit Verufung auf Unsere Entscheidung zu den Landtagsverhandlungen zu geben, worauf sie dann jederzeit besonderen Bescheid erhalten werden.
- S. 49. Bitten und Beschwerden der Stånde können nur aus dem besonderen Interesse der Provinzen und der mit ihnen verbundenen einzelnen Theile hervorgehen. Individuelle Bitten und Beschwerden hat der Landtag gleich an die betreffenden Behörden, oder an Uns unmittelbar zu verweisen; wenn aber Mitglieder des Landtags von Bedrückungen einzelner Individuen bestimmte Ueberzeugung erhalten, so können sie bei dem Landtage, mit gehörig konstatirter Anzeige, darauf antragen, daß derselbe sich für die Abstellung bei Uns verwende.

S. 50. Alle bei dem Landtage eingehenden, so wie die von demfelben ausgehenden Unträge muffen schriftlich eingegeben werden. Sind die letzteren einmal guruckgewiesen, so burfen sie nur alsbann, wenn wirklich neue Beranlaffungen oder neue Grunde eintreten, und immer nur erft bei funftiger Berufung bes Landtags, erneuert werben.

C. Werhaltniß Der Provinzial: Stände.

6. 51. Die Stände stehen, als berathende Verfammlung, eben so wenig mit 3 3u den Kont den Stånden anderer Provinzen, als mit den Kommunen und Kreisständen ihrer Proving in Berbindung; es finden baber feine Mittheilungen unter ihnen ftatt.

Rreisitanden. b) 3u ben 216:

6. 52. Die einzelnen Stände können ihren Abgeordneten keine bindenden geordneten. Inftruktionen ertheilen; es fleht ihnen aber frei, fie zu beauftragen. Bitten und Beschwerden anzubringen.

D. Schließung

6. 53. Sobald ber Rommiffarius ben Landtag geschlossen hat, ift das stan= Des Landtages. Dische Amt des Landtags = Marschalls beendigt, die landständischen Berathungen boren auf, und die Stände geben außeinander; auch bleibt fein fortbestehender Außschuß zurud. Für solche Gegenstände der laufenden ffandischen Berwaltung aber, welche Wir den Standen fünftig übertragen werden, fonnen sie die geeigneten Dersonen wählen und bestellen, in sofern die Geschäfte solches fordern.

Das Resultat der Landtags = Verhandlungen wird durch den Druck

bekannt gemacht.

E. Berfamm= Tungsort.

S. 55. Zum Bersammlungsorte bes Landtags bestimmen Wir die Stadt Merseburg.

F. Reifetoffen

S. 56. Die Landtage Mbgeordneten follen angemeffene Reifekoften und m. Tagegelder. Tagegelder erhalten.

Das Weitere hierüber, so wie wegen der allgemeinen durch den Landtag

veranlagten Rosten, wird die besondere Berordnung (g. 4.) festseken.

IX. Rommu-

6. 57. Die in jedem der einzelnen Landestheile diefes frandischen Berbanmal-Landtage. des bestehenden Kommunalverhaltnisse geben auf die Gesammtheit desselben nicht über, wenn folches nicht durch gemeinschaftliche Uebereinkunft beschlossen wird.

> Bis dahin dauern daher die bisherigen Kommunalverfassungen dieser eingelnen Landestheile in ihrer observangmäßigen Ginrichtung fort, und Wir gestatten, daß für diefe Angelegenheiten, auf vorgangige Anzeige bei Unferm Landtagefommiffarius und beffen Bewilligung, auch fernere Berfammlungen, jeboch mit verhalt= nifimaffiger Zuziehung von Abgeordneten aller Stande, welchen das gegenwartige Geset die Landstandschaft beilegt, gehalten werden.

Die Beschluffe über Beränderungen in den Rommungleinrichtungen und

neue Kommunalauflagen bedürfen Unferer Sanktion.

Bur Keftsetzung der deshalb nothigen naberen Bestimmungen und Ord-

nungen erwarten Bir die Borichlage bes nachften Landtags.

X. Kreisftan= dische Ver= fammlungen.

Was die freisständischen Versammlungen betrifft, so sollen solche, wo sie bis jett noch statt finden, bis auf weitere Anordnung ferner best in, und da, wo sie früher bestanden haben, wieder eingeführt werden.

Bon dem erften Landtage, zu welchem diefer ftandische Berband berufen werden wird, erwarten Bir die Vorschlage, wie die freisständischen Bersammlungen mit den Modifikationen, welche der Zutritt aller Stande erfordert, einzurichten senn werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhandigen Unterschrift und Beidrückung Unseres großen Königlichen Insiegels. Gegeben Berlin, den 27sten Marz 1824.

(L. S.) Friedrich Wilhelm. von Schuckmann.